

auch bei der Einbeziehung von Angehörigen in therapeutische Hilfen des Vollzuges. Ähnliche Erfahrungen liegen aus der Schweiz vor.

Die Konsequenz der Reduzierung der Aufgaben der Sozialarbeit im Vollzug auf Kriseninterventionen und Vermeidung oder Reduzierung von Vollzugsschäden ist durchaus beabsichtigt. Das geschlossene System des Strafvollzuges wird so eher von außen geöffnet und die Aufgabe der Wiedereingliederung überwiegend den freien gesellschaftlichen Kräften übertragen.

### **Randständigkeit der Haftentlassenenhilfe**

Festzustellen ist, daß für diesen Aufgabenbereich weder auf der Bundes- noch auf der Länderebene genügend Mittel und Ressourcen für Forschung, Modellversuche, Fortbildung, Beratung und andere Formen der gezielten Fortentwicklung zur Verfügung gestellt werden. Die Haftentlassenenhilfe wie auch die Hilfen für die anderen Personengruppen des § 72 BSHG befinden sich auch im Bereich der Sozialarbeit und Sozialpädagogik in einer besonderen Randständigkeit. Kooperationsformen sind auf der ministeriellen und der Trägerebene zwischen dem sozialen Bereich und dem der Justiz und damit des Strafvollzuges kaum festzustellen. Die Aufsplitterung in verschiedene Ressorts und Trägerkonstruktionen erschwert dieses zusätzlich. Anzuregen und zu fördern sind daher besonders solche Ansätze, die hier mehr Kooperation und Kommunikation erreichen sowie langfristig Modelle entwickeln wollen, die eine derartige Aufsplitterung auch strukturell verhindern.

## **Bielefelder Prognosen zur Sozialarbeit – Entgegnung auf eine Kritik**

**Günter Albrecht, Bielefeld**

Arnold Schwendtke setzt sich in Heft 8/80 dieser Zeitschrift<sup>1</sup> kritisch mit einem von mir verantworteten Forschungsbericht<sup>2</sup> auseinander und hat einige der von ihm als kritikbedürftig angesehenen grundsätzlichen Punkte unseres »Forschungsprogramms« herausgestellt. Ich möchte die Möglichkeit einer Stellungnahme zu einigen knappen Antworten nutzen, da ich hoffe, daß durch alsbaldige Veröffentlichung des Gesamtberichtes einige der Kritikpunkte ausgeräumt oder relativiert werden.

Um das Projekt gerecht beurteilen zu können, wäre vermutlich eine genauere Kenntnis seiner Geschichte, insbesondere seiner Entstehungsgeschichte erforderlich. Nur so viel sei hier angedeutet: Durch die komplexe Lage in bezug auf die politische Zuständigkeit für die Hochschulplanung mit ihren unterschiedlichen Teilbereichen und die damit einhergehende unterschiedliche Interessenlage und Finanzierungsmöglichkeiten von Bund und Ländern hat sich eine gravierende inhaltliche Verschiebung der Projektschwerpunkte bei gleichzeitiger Beibehaltung des Gesamtprogramms, also auch der materiellen und personellen Ressourcen ergeben, die die Durchführung des Projektes nahezu unmöglich gemacht hat. Zweitens sei verwiesen auf die Rahmenbedin-

gungen für den bisher vorgelegten Bericht. Gefordert war die Reduktion von mehreren tausend Seiten Projektbericht auf ca. 100–120 Seiten für die Veröffentlichung. Dieses Limit war zwar nicht einzuhalten, aber dennoch waren gravierende Argumentationsverkürzungen und inhaltliche Aussparungen nicht zu vermeiden. Daraus resultiert wohl ein erheblicher Teil der Mißverständnisse, die ich bei manchen Kritiken wahrnehmen zu können glaube.

Wir meinen nicht, daß Kritik nicht möglich, notwendig oder fruchtbar wäre; im Gegenteil – und wir haben im Projektbericht auf die dringende Notwendigkeit der Verbesserung, der Ergänzung oder gar Ersetzung von Projektannahmen, Überlegungen und Schlußfolgerungen hingewiesen. Die Kritik von Schwendtke behandelt sehr wichtige Punkte, aber trifft das vorgelegte Projekt nur teilweise, in manchen Punkten wohl auch gar nicht.

Ich gehe in meiner Stellungnahme in der Reihenfolge vor, die Schwendtke gewählt hat:

1. Schwendtke bemängelt, daß mit der Wahl des Basisjahres 1970 für die Angebotsberechnung »die nicht unerhebliche Teilklasse der vor diesem Zeitpunkt ausgebildeten sozialen Fachkräfte unberücksichtigt« bleibe, »was von vornherein schon die prognostischen Schlußfolgerungen mit erheblichen Unschärfen belasten muß«, und meint damit insbesondere die Absolventen früherer Höherer Fachschulen, die vermeintlich damit ausgeschlossen wären<sup>3</sup>.

Dem ist nicht so, denn natürlich sind jene, die 1970 in der Volks- und Berufszählung als Sozialarbeiter und Sozialpädagogen »firmierten«, nahezu ausschließlich Absolventen Höherer Fachschulen gewesen. Die Wahl dieses Bezugsjahres schließt keine relevante Teilgruppe aus. Im übrigen hat es zur Wahl dieses Basisjahres keine gangbare Alternative gegeben, denn nur auf der Basis dieser Volks- und Berufszählungsdaten konnte man zu annähernd brauchbaren Aussagen über den Bestand gelangen. Der Weg über Mikrozensusdaten ist nicht gangbar, weil die Zahl der dabei miterfaßten Sozialarbeiter/Sozialpädagogen so gering ist, daß die für uns für die Fortschreibung des Bestandes zentrale Voraussetzung halbwegs differenzierter Geschlechts- und Altersgruppendifferenzierung nicht mehr erfüllt wäre. Im übrigen überschätzt Schwendtke auch die Qualität der amtlichen Statistik über die Absolventen von Höheren Fachschulen für Sozialarbeit erheblich. Ich darf darauf verweisen, daß wir viele Monate Zeit warten mußten, um von den im übrigen sehr kooperativen Statistischen Landesämtern einigermaßen differenzierte Daten dazu zu erhalten. Bei vielen Ländern waren diese Daten nicht nur nicht publiziert, sondern nicht einmal systematisch für den internen Gebrauch aufbereitet und mußten von den Mitarbeitern dieser Ämter in mühseliger Archivarbeit aus den primären Unterlagen zusammengestellt werden.

2. Schwendtke erhebt den gravierenden Einwand, daß in der Studie die »konkurrierenden Nachbarsektoren« unberücksichtigt blieben, obwohl doch »auch Absolventen außerhalb des Bildungsbereiches von Fachhochschulen, wie etwa: Diplom-Pädagogen, Diplom-Theologen, Schulpädagogen, die keine Lehrerstellen erhalten, ausländische Sozialarbeiter und andere Teilgruppierungen« in die gegenwärtigen und zukünftigen Arbeitsfelder der Sozialarbeit und Sozialpädagogik streben<sup>4</sup>.

Es besteht kein Zweifel, daß hier ein grundsätzlich richtiger Einwand vorliegt. Nur: Wir haben ihn in unserem Bericht selbst ausdrücklich dargestellt und darauf hingewiesen, diesen Aspekt der Angebotsproblematik nicht zu übersehen, wenn man sich mit

der von uns vorgestellten Prognose auseinandersetzt. Wir hatten aber gute Gründe, diese erhebliche Fehlerquelle in Kauf zu nehmen. Als erstes möchte ich ein ganz pragmatisches Argument anführen: Um die Ausgänge der Substitutionskonkurrenzen zwischen verschiedenen Berufen vorherzusagen, bedürfte es exakter Messungen der gegenseitigen Substituierbarkeit der relevanten Berufe, aber auch der exakten Prognose der Arbeitsmarktentwicklungen in den spezifischen Berufs- und Tätigkeitsfeldern bzw. den Teilarbeitsmärkten, die für die in Rede stehenden Berufe einschlägig sind, sowie auch der Informationen über die beruflichen Orientierungen der Berufsausübenden in der Zukunft. Die Messung der Substituierbarkeit ist ein gravierendes und auch in besser untersuchten Berufsgruppen noch weithin unzulänglich gelöstes Problem. Für die sozialarbeiterischen und pädagogischen Berufe fehlt es an exakten Daten zu dieser Frage noch weitgehend. Dies ist kein Wunder, wenn man bedenkt, daß erst wenige Jahrgänge existierten, die ganz nach den neuen Ausbildungsgängen, die sich zudem noch nicht wirklich konsolidiert haben, ausgebildet wurden. Das war die Situation bei den Sozialarbeitern und Sozialpädagogen *Mitte* der 70er Jahre. Aber auch bei den konkurrierenden Ausbildungsgängen – z. B. bei den Lehrerstudiengängen bzw. den Diplomstudiengängen für Pädagogen – war die Realisierung neuer Studienordnungen, neuer Studiengänge und neuer Curricula gerade erst in den Anfängen. Angesichts der im Fluß befindlichen Lage dieser Berufe einigermaßen gesicherte Substitutionsgrade zu bestimmen, dürfte unmöglich gewesen sein. In diesem Zusammenhang ist auch darauf zu verweisen, daß die Heterogenität des sozialarbeiterischen/sozialpädagogischen Berufsfeldes bzw. der Berufsfelder so groß ist, daß die Substituierbarkeit sinnvollerweise auch berufsfeldspezifisch bzw. tätigkeitsspezifisch vorzunehmen wäre. Dies wirft aber wiederum die Frage auf, ob sich die Substitutionskonkurrenz durch benachbarte Berufe gerade auf jene Bereiche richtet, in denen Substituierbarkeit in bestimmtem Maße gegeben wäre. Dies wiederum dürfte auch davon abhängen, wie sich die Teilarbeitsmärkte für die betreffenden Berufe und wie sich die beruflichen Orientierungen der Ausgebildeten bzw. der Berufstätigen entwickeln. Um die Substitutionskonkurrenz mit anderen Berufen zu ermitteln, hätten wir also exakte Prognosen über die Angebots- und Bedarfsentwicklung anderer, benachbarter Berufe und Berufsgruppen benötigt. Diese waren im wesentlichen nicht verfügbar und auch von uns nicht erstellbar; es sei denn, wir würden immer noch rechnen können und wollen. Aber auch dann wäre ein Ende nicht absehbar, da die Entwicklung des Angebotes an Lehrern auch davon abhängt, wie sich andere akademische Teilarbeitsmärkte entwickeln (z. B. Soziologen, Psychologen etc.). Und diese Entwicklungen lassen sich nach den Erfahrungen der letzten Jahre ebenfalls nicht ohne weiteres prognostizieren – um das einmal vorsichtig zu formulieren. Um die gegenwärtig schon auf dem Arbeitsmarkt für Sozialarbeiter/Sozialpädagogen auftretenden Konkurrenzen abzuschätzen, insbesondere Diplom-Pädagogen, wäre es erforderlich gewesen, aus der Hochschulstatistik Informationen über die spezifische Schwerpunktbildung der Studierenden bzw. Absolventen und deren Affinität zum Bereich der Sozialarbeit/Sozialpädagogik zu entnehmen. Diese Informationen sind nicht verfügbar.

Ich hoffe, damit deutlich gemacht zu haben, daß Schwendtke hier einen Mangel kritisiert, auf den wir selbst ausdrücklich hingewiesen haben, der aber zum gegebenen Zeitpunkt nicht behebbar war und wohl auch heute noch nicht sein dürfte. Damit ist dieser Mangel natürlich nicht aus der Welt, aber ohne die Bereitschaft, ihn und seine Problematik sehend, weiterzuarbeiten, wäre *keinerlei* prognostische Aussage möglich gewesen.

3. Schwendtke kritisiert, daß die Arbeits- und Berufsfelder der Sozialarbeit und Sozialpädagogik nicht zureichend erfaßt seien und nennt einige Beispiele. Diese Beispiele treffen in dieser Form nur sehr begrenzt zu. Beispielsweise ist der Vorschulische Sektor, Kindergärten etc. ganz ausdrücklich erfaßt worden; desgleichen die Jugendbildung (wenn auch sehr global), desgleichen die nachklinische Resozialisation (im Rahmen der psychiatrischen Gesamtversorgung), desgleichen die Lehr- und Lehrerfunktionsbereiche, vor allem an Sonderschulen, desgleichen die Heimerziehung und (partiell) die Leitung von Heimen. Auch die Arbeit mit Behinderten ist implizit miteinbezogen worden. Von den beispielsweise genannten neun Bereichen sind sieben explizit berücksichtigt worden (wenngleich teilweise unter anderen Oberkategorien subsumiert), und von den beiden anderen Beispielen ist ein Bereich (Berufspädagogische Maßnahmen) partiell im »Problem-Sektor« Arbeitsmarktentwicklung berücksichtigt. Der Bereich Erwachsenenbildung wurde ausgenommen, weil wir ausdrücklich davon ausgingen, daß hier eine Domäne der *Diplompädagogen* liegt und liegen wird (s. o.).

Wir wollen nicht bestreiten, daß die Erfassung der Arbeitsfelder verbesserungsfähig ist, aber auf zwei zusätzliche Probleme hinweisen: Einige Arbeitsfelder der Sozialarbeit/Sozialpädagogik zeichnen sich dadurch aus, daß sie (noch?) keinen genau spezifizierbaren Adressatenkreis besitzen oder sich auf keine exakt spezifizierbare Problemlage richten (z. B. »Probleme des Gemeinwesens«). Diese »Diffusität« des Adressatenkreises bzw. der Problemlage macht es äußerst problematisch, Umfang und Art des Bedarfs an sozialarbeiterischen/sozialpädagogischen Aktivitäten in diesen Arbeitsbereichen in Gegenwart und Zukunft zu bestimmen. Die Komplexität des Problems wird dadurch gesteigert, daß vermutlich gerade diese jetzt noch diffusen und unstrukturierten Arbeitsbereiche sich mit der Zeit weiterentwickeln und den »Expansionssektor« der Sozialarbeit/Sozialpädagogik ausmachen, über den wir besonders wenig aussagen können, wenn wir uns auf die Auswertung von rein statistischen Materialien über Arbeitsfelder und Tätigkeiten der Sozialarbeiter/Sozialpädagogen beschränken. Aus diesem Grunde haben wir eine Expertenbefragung durchgeführt, von der wir wichtige zusätzliche Informationen, auch zu den organisatorischen und curricularen Fragen der Sozialarbeit/Sozialpädagogik, erhofften.

4. Auf diese Expertenbefragung zielt ein weiterer Kritikpunkt Schwendtkes<sup>5</sup>: Er bezweifelt die Sinnfälligkeit der Auswahl von Experten »etwa auf der Basis einer Zitatentanalyse«<sup>6</sup> und will sie nur dann für geeignet halten, wenn es um »die Gewichtung von Schätzwerten zu präzise umschriebenen Fragestellungen geht«<sup>7</sup>. Nun, zum einen haben wir *keine* Zitatentanalyse durchgeführt, sondern eine Analyse der relevanten Zeitschriften für den Bereich Sozialarbeit/Sozialpädagogik in bezug auf Autoren zu Sachthemen, um »Experten« zu ermitteln (insbesondere »wissenschaftl. Experten«). Hier geht die Kritik also ins Leere, zumal wir auch jene Bedingung erfüllt haben, die Schwendtke als erfüllt sehen will: Erfassung von Schätzwerten zu präzise umschriebenen Fragestellungen!<sup>8</sup> Für den Bereich der Experten aus der Praxis und der Politik sind wir eindeutig nach dem »positional approach« vorgegangen. Führte diese Auswahl zu keinem Ergebnis – dies war insbesondere im Bereich der Politik in einigen Fällen gegeben, und zwar wegen vom Positionsinhaber für sich selbst erklärter fachlicher Inkompetenz –, so haben wir in Kooperation mit den zunächst ermittelten vermeintlichen Experten der betreffenden politischen Organisation den von der Aufgabenstellung innerhalb der Organisation her Kompetenteren ermittelt. Vom üblichen »Schneeballverfahren« mit seinen Problemen kann also keine Rede sein<sup>9</sup>.

Schwendtke fragt nach Aussagen von Experten »aus dem politischen Bereich über mögliche, finanzierbare und bevorstehende Sozialgesetzgebungen«<sup>10</sup> und sagt dazu ergänzend: »Ergeben sich doch aus solchen Aussagen Hinweise für Schlüsselindikatoren zu potentiellen erweiterten Aufgabenstellungen in der Sozialarbeit und Sozialpädagogik«<sup>11</sup>. Tatsächlich ist damit exakt die Aufgabenstellung umschrieben, die auch diese Expertenbefragung innerhalb unseres Gesamtprojektes haben sollte und die sie annähernd auch erfüllt hat. Hier verstehe ich das Ziel der Kritik von Schwendtke nicht. Allerdings denke ich, daß Schwendtke möglicherweise die Kompetenz der Experten zu hoch einschätzt, denn sie haben sich meist äußerst vorsichtig und zurückhaltend geäußert und sich gerade bei den besonders relevanten Punkten nur allzu häufig auf die These von der Nicht-Prognostizierbarkeit bzw. Nicht-Quantifizierbarkeit wichtiger Sachverhalte zurückgezogen.

Unter *methodologischen* Gesichtspunkten handelt Schwendtke eine Reihe von gravierenden Kritikpunkten ab, die ich hier nur andeutungsweise behandeln kann.

Schwendtke führt aus, daß »Prognosen ohne theoretische Fundierung« in »den Sozialwissenschaften nur dann annähernd treffsichere Voraussagen mittlerer zeitlicher Reichweite erzielen, wenn die ausgewählte Grundgesamtheit weitgehend strukturstabil bleibt«, und verweist hier auf die besondere Problematik von Sozialarbeit/Sozialpädagogik, da hier dynamische, expandierende Strukturen und Prozesse mit emergenten »Verflechtungszusammenhängen« bestünden<sup>12</sup>. Dem kann man zustimmen, und mit anderen Worten haben wir dergleichen selbst in unserem Zwischenbericht an verschiedenen Stellen immer wieder betont! Dazu jedoch einige Bemerkungen, die sehr verkürzt wiedergeben, was wir selbst im Bericht dazu anführen:

1. Die Entwicklung der sozialen Probleme zu prognostizieren, setzt theoretische Modelle voraus, die noch nicht existieren. Wir haben zu allen relevanten Arbeitsbereichen nach exakt formulierten und formalisierten Theorien gesucht und ganz selten begrenzt brauchbare gefunden (so z. B. von Brenner über die quantitative Entwicklung psychischer Erkrankungen), die dann jedoch nahezu alle auf erklärende Variablen, sehr häufig ökonomische Variablen, zurückgreifen, deren Veränderung selbst noch zu prognostizieren wäre (z. B. Arbeitsmarktentwicklung, Konjunkturentwicklung etc.). Damit ist man leider in der Regel genauso schlau wie vorher.
2. Wir haben in einer umfangreichen Arbeit über »Vorüberlegungen zu einer Theorie sozialer Probleme«<sup>13</sup>, die Teil der Projektarbeit war, eine umfassende theoretische Einordnung unseres gesamten Problemzusammenhanges versucht, die die ganze Komplexität unseres Unterfangens deutlich macht und m. E. eine deutliche Warnung abgibt, eine vorschnelle theoretische Generalisierung zu versuchen – wie sie m. E. Schwendtke hier fordert.
3. Schwendtke verweist mich auf die Notwendigkeit, sich bei der Behandlung dieser Probleme der Sichtweise von Norbert Elias vom sozialen Prozeß zu bedienen. Ich halte das für eine gute Anregung, und tatsächlich habe ich selbst vor einiger Zeit<sup>14</sup> auf die enorme Bedeutung dieser Theorie von Elias hingewiesen. Andererseits muß man wohl sehr genau im Auge behalten, daß Elias hier *langfristige*, gerichtete, wenn auch *ungewollte* Prozesse anspricht und daß seine gesamten Arbeiten um den historisch-empirischen Nachweis solcher Prozesse und ihrer Hintergründe kreisen. Mir sind keine Versuche bekannt, die Elias'sche theoretische Konzeption auf prognostische Fragen anzuwenden, und ich vermute auch die Undurchführbarkeit eines solchen Ver-

suchs. Es geht hier aber – anders als bei allen Forschungsbeispielen von Elias – auch und gerade um die Prognose der Auswirkungen von planvollem politischen und verbandlichen Handeln, das sicher eine wesentliche Rolle für diese gerichteten sozialen Prozesse spielt, aber einen Typus gesellschaftlichen Handelns darstellt, mit dem sich Elias wenig oder gar nicht beschäftigt hat. Ferner muß darauf verwiesen werden, daß Wippler<sup>15</sup> erst kürzlich gezeigt hat, daß die Elias'schen Thesen zur Erklärung nicht-intendierter Folgen menschlichen Handelns nicht hinreichen, wohl sogar falsch sind. Und auch auf diese nicht-intendierten Folgen gesellschaftlichen Handelns dürfte es entscheidend ankommen.

Die übrigen methodologischen Kritiken und Anregungen von Schwendtke kann ich hier aus Raumgründen nicht im einzelnen ansprechen, sie sind teilweise an anderer Stelle meiner Entgegnung auch schon angesprochen worden. Sie geben teilweise fruchtbare Hinweise auf neueste Verfahren, deren Anwendung man anderswo schon versucht. Ich darf darauf verweisen, daß wir selbst nahezu eineinhalb Jahre lang ähnliche Versuche unternommen haben, die aus verschiedenen Gründen keinen Erfolg zeigten. Ein weiteres Experimentieren war uns aus Zeitgründen (Zwang zum Projektabschluß) nicht mehr möglich. Ich würde mich freuen, wenn verbesserte Verfahren alsbald angewendet würden. Die Frage ist aber, ob man ein sehr breitangelegtes, auf nahezu unbeackertem Gebiet arbeitendes Projekt fair beurteilt, wenn man es mit Analyse- und Rechenverfahren in der »experimentellen« Grundlagenforschung vergleicht. Dazu hier nur soviel.

Ich stimme mit Schwendtke überein, daß die empirische Sozialarbeitswissenschaft in Deutschland erst am Anfang steht und daß unser Projekt keinesfalls den Idealvorstellungen einer solchen Wissenschaft genügen kann. Andererseits muß der Anfang gemacht werden, und die Brücken zur gemeinsamen wissenschaftlichen Arbeit und Kooperation sollten durch die Form und Konstruktivität der Kritik vielleicht doch eher gebaut als belastet werden.

1 Arnold Schwendtke: Bielefelder Prognosen zur Sozialarbeit – Kritik an einem Forschungsprogramm, in: *Theorie und Praxis der sozialen Arbeit*, 31. Jg., Nr. 8/1980, S. 289–291.

2 Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.). Reihe: Materialien zur Bildungsplanung. Hochschulabsolventen im Beruf, Bd. 7, *Vorausschätzungen und Entwicklungen des Angebotes und Bedarfs an Sozialarbeitern und Sozialpädagogen*, München 1979.

3 Schwendtke, a. a. O., S. 289.

4 Schwendtke, a. a. O., S. 289.

5 Schwendtke, a. a. O., S. 290.

6 Schwendtke, a. a. O., S. 290.

7 Ebd.

8 Ebd.

9 Im übrigen ist dieser Frage ein ganzes Kapitel des ausführlichen Berichtes zur Expertenbefragung gewidmet, die hier nur sehr gekürzt aufgenommen werden konnte.

10 Schwendtke, a. a. O., S. 290.

11 Ebd.

12 Ebd.

13 Günter Albrecht: Vorüberlegungen zu einer »Theorie sozialer Probleme«, in: Christian von Ferber/Franz-Xaver Kaufmann (Hrsg.): *Soziologie und Sozialpolitik*, Sonderheft 19 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen 1977, S. 143–185.

14 Günter Albrecht: *Laudatio auf Norbert Elias* anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde an Norbert Elias durch die Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld am 22. Juni 1980; erscheint in einer Schriftenreihe der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld, 1980/81.

15 Reinhard Wippler: *Nicht-intendierte soziale Folgen individueller Handlungen*, in: *Soziale Welt*, Bd. 29, 1978, S. 155–179.